Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatts-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 284. Montag den 11. October 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Versteigerung von Bauplätzen in der Nordvorstadt.

Folgende der Stadtgemeinde gehörige **Bauplätze der Baublöcke II und IV des Nördlichen Bebauungsplanes** und zwar nach den betr. Parcellirungsplänen

vom Baublock II

1) Bauplatz Nr. 4 an der Yorkstraße mit 742.96 qm,
2) „ „ 5 „ „ „ 742.96 „

vom Baublock IV

3) Bauplatz Nr. 5 an der Gneisenaustraße mit 763.04 qm,
4) „ „ 6 „ „ „ 579.51 „
5) „ „ 13 „ „ Yorkstraße „ 579.91 „
6) „ „ 14 „ „ „ 579.51 „

Flächengehält sollen **zum Verkaufe versteigert** werden und beraumen wir hierzu auf

Freitag, den 22. October d. J.,
Vormittags 10 Uhr
im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 1, 2. Etage, Versteigerungstermin an.

Derselbe wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der **einzeln nach einander in obiger Reihenfolge** ausgebotenen Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen nebst den Parcellirungsplänen liegen auf dem Rathhausfaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus, und es sind davon Exemplare in der Sportelcasse I ebendaselbst, Zimmer Nr. 2, für 1 ℳ 20 ₰ verkäuflich.

Leipzig, den 28. September 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
L. a. 5121. Dr. Georgi. Cerutti.

Ausschreibung.

Die Glaserarbeiten für den Neubau des Conservatoriums sollen vergeben werden.

Bedingungen und Unterlagen für diese Arbeiten können im Baubureau (Grassistraße) eingesehen resp. entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Neubau Conservatorium-Glaserarbeiten"

bis zum 16. October a. c. Nachmittag 5 Uhr im Bauamt (Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer 5) einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern, sowie die event. Theilung der Arbeiten oder Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 8. October 1886.

Des Raths der Stadt Leipzig Baudeputation.
Lb. 3656.

Offene Stadtkämmererstelle.

Die hiesige, mit einem Anfangsgehalt von 3000 ℳ und Pensionsberechtigung verbundene Stadtkämmererstelle ist baldmöglichst zu besetzen. Bewerber um dieselbe, welche die Qualification zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienste besitzen müssen, wollen ihre Gesuche unter Beilegung der erforderlichen Zeugnisse und eines Lebenslaufs bis zum 20. October l. Js. ebher einreichen.

Coburg, den 8. October 1886.

Die Stadtverordnetenversammlung.
Justizrath E. Bahmann,
Vorsitzender.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 11. October 1886.

* Die Frage des eisernen Präsenzstandes des Heeres hat durch das entschiedene Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die praktische Bedeutung verloren. Allein die Erörterung über die Art, die Dauer und Höhe der Feststellung der Heeresstärke nach dem nahen Ablauf des Septennats ist damit keineswegs gegenstandslos geworden, vielmehr wird die Frage in allernächster Zeit sehr brennend werden. Wenn die Regierung eine dauernde Feststellung nicht in den Kreis ihrer Erwägungen gezogen hat, so kann doch daran nicht gezweifelt werden, daß sie mit dem Vorschlag eines erneuerten Septennats vor den Reichstag treten wird, und zur Beurtheilung der Aussichten dieses Vorschlags haben die Erörterungen über die eiserne Präsenz manchen Fingerzeig gegeben. Die Hoffnung zu einer Verständigung in der Militärfrage, auch nur in der Form eines erneuerten Septennats zu gelangen, könnte nur darauf beruhen, daß ein namhafter Theil des Centrums sich bestimmen ließe, mit den Conservativen und Nationalliberalen zusammenzugehen. In der Haltung der ultramontanen Presse aber hat diese Hoffnung durchaus keine Stütze gefunden. Die Blätter des Centrums unter Vorantritt der „Germania", auch die sonst für gemäßigter und conservativer geltenden, verhielten sich durchaus ablehnend gegen jede Form der Bindung des Budgetrechts auf eine längere Dauer. Wir wissen freilich, daß die ultramontane Presse wiederholt von einem Theil des Centrums in Stich gelassen worden ist, auch beim Socialistengesetz trat in der klerikalen Presse nur sehr vereinzelt ein zustimmender Standpunct hervor. Allein die entschiedene Sprache der ultramontanen Blätter muß die Hoffnung doch sehr erschüttern, daß das Centrum zur Verständigung die Hand bieten werde, zumal wenn auch noch eine Erhöhung der Präsenzziffer gefordert wird. Es fehlt trotz des „Friedensgesetzes" an allen Anzeichen, daß die Windthorst-Richter'sche Oppositionsmehrheit sich bei dieser Frage auflösen werde, und es bedarf keiner weiteren Bemerkung, daß wir damit sehr kritischen Entscheidungen entgegengehen.

* Feldmarschall Graf Moltke ist in Wilhelmshaven eingetroffen. — Die Einweihungsfeierlichkeiten des neuen Hafens zu Wilhelmshaven, welche ursprünglich am 27. oder 28. October stattfinden sollten, haben vertagt werden müssen, weil bis dahin die Fertigstellung der noch rückständigen Arbeiten nicht zu bewerkstelligen ist. Als neuer Termin für die Feier ist jetzt der 10. November in Aussicht genommen, doch hängt die Einhaltung desselben ebenfalls von Umständen ab und kann event. noch um einige Tage hinausgeschoben werden. Daß der Kronprinz die Einweihungsfeier durch seine Gegenwart beehren wird, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. Wie aus Oldenburg gemeldet wird, ist der Kronprinz zum Besuch der großherzoglichen Herrschaften bei Gelegenheit der Einweihungsfeierlichkeiten der neuen Hafenanlagen in Oldenburg angemeldet.

* Ueber Lord Churchill wird der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin vom 9. d. M. geschrieben:

Der unglückselige Engländer, der hier unter dem Namen Spencer am Dienstag Abend eingetroffen und am Donnerstag Mittag um 12 Uhr nach Dresden weitergereist ist, läßt unsere Zeitungen noch immer nicht zur Ruhe kommen. Besonders sensationslüsterne Berichterstatter melden sogar, daß er mehrere geheime Unterredungen mit dem Staatssecretär Grafen Herbert Bismarck gehabt habe. Dem gegenüber kann ganz bestimmt versichert werden, daß weder dieser Mr. Spencer noch irgend ein anderer Engländer, der auch nur eine entfernte Aehnlichkeit mit Lord Randolph Churchill besessen, mit dem Grafen Herbert Bismarck oder auch mit irgend einem Beamten des Auswärtigen Amtes eine Unterredung gehabt hat. Ebenso bündig wird von der hiesigen englischen Botschaft wie von dem britischen General-Consulat versichert, daß Mr. Spencer sich während seines hiesigen Aufenthaltes dort nicht hat sehen lassen. Einzelne Berichterstatter haben den Aufenthalt des Mr. Spencer hierselbst mit so scharfer Lupe untersucht, daß man mit einiger Bestimmtheit sagen kann, daß die einzigen preußischen und deutschen Beamten, mit denen dieser höchst ehrenwerthe Gentleman und seine Begleitung in Deutschland in Berührung gekommen sind, nur Schalterbeamte und Schaffner gewesen sind. Einem Leipziger Reporter verdanken wir sogar die hochwichtige Auskunft, daß Mr. Spencer am Mittwoch Abend seine Zeit und seinen Opernglaser dem Ballet „Knox" im Victoriatheater gewidmet, während er den „Johann von Lothringen" im Königl. Opernhause und „Zopf und Schwert" im deutschen Theater verdächtlich beehrt gelassen hat. Die Frage nun, ob Mr. Spencer der wirkliche Lord Randolph Churchill war, oder nicht, mag hiernach dem Neugkeitskrämer überlassen bleiben. Für den Politiker ist sie gleichgiltig, da selbst bei Bejahung dieser Frage es jetzt unzweifelhaft feststeht, daß politische Absichten und Unterhaltungen mit diesem Aufenthalte in Berlin nicht verknüpft gewesen sind. Man sollte indem nicht vergessen, daß Churchill kein windiger Franzose, sondern ein sehr ernst zu nehmender Engländer ist, der am allerwenigsten nothwendig hat, zur Erreichung politischer Zwecke sich und seine Reise in ein geheimnißvolles und doch durchsichtiges Incognito zu hüllen. Wie im vorigen Jahre Lord Rosebery in voller Oeffentlichkeit zum Grafen Herbert Bismarck reiste, ohne daß es ihm in der öffentlichen Meinung Englands geschadet hat, so wird auch zweifellos dieselbe öffentliche Meinung Englands es dem Lord R. Churchill nur hoch anrechnen können, wenn er es versuchen sollte, die deutsche Regierung über die Ziele der englischen Politik auf dem kürzesten Wege aufzuklären und für dieselbe zu gewinnen.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: „Wir hatten neulich bei Besprechung der Ratzeburger Brieffälschung daran erinnert, daß auch in anderen Parteilagern die Aufregung der Wahl- und Parteikämpfe mitunter recht bedauerliche und häßliche Dinge hervorbringe und hatten als Beispiel einen deutschfreisinnigen Richter, Landgerichtsrath Maaser in Meiningen, angeführt, der wegen Verleumdung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Zeitz zu Gefängniß verurtheilt wurde und dann aus dem Richterstande ausscheiden mußte. Wir hatten die beiden Vorfälle keineswegs auf Eine Stufe gestellt, erkennen vielmehr an, daß der Francke'sche Fall erheblich schwerer ist als der Maaser'sche. Die „Freisinnige Zeitung" hatte infolge dieses Artikels einen heftigen Ausfall gegen die „Nationalliberale Correspondenz" gemacht und mit der Bemerkung geschlossen: „Wie wenig der Vorgang dem Landgerichtsrath Maaser in der öffentlichen Meinung geschadet hat, geht daraus hervor, daß derselbe noch jüngst zum Landtagsabgeordneten für Meiningen gewählt worden ist." Dieser Bemerkung gegenüber werden wir nun darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Maaser im September 1885 mit knapper Majorität in den Landtag gewählt wurde. Die Verurtheilung Maaser's seitens des Meininger Landgerichts erfolgte aber erst im December 1885 und die reichsgerichtliche Bestätigung des Urtheils im Mai 1886. In Meiningen ist man allgemein der Ansicht, daß, falls die Landtagswahl nach der gerichtlichen Verurtheilung stattgefunden hätte, überhaupt die Candidatur des Herrn Maaser unmöglich gewesen wäre."

* Zur politischen Lage in Bayern meldet die „Nationalzeitung" aus München, 8. October:

„Die politische Bedeutung der Preßprocesse, die sich in den letzten Tagen hier und in Straubing abgespielt haben, liegt in derselben Richtung, wie diejenige der Besuche, welche der Prinzregent unmittelbar vorher den drei größten Städten der bayerischen Provinzen und nach seiner Rückkehr dem Octoberfest in München abgestattet hat. Alle diese Acte waren geeignet, der neuen Regierung verstärkte Sympathien zu gewinnen und jener verbissenen ultramontanen Opposition die Wurzeln abzugraben, die sich noch immer nicht scheut, an der Nothwendigkeit der Entmündigung König Ludwigs II. zu nörgeln und die thatsächliche und rechtliche Begründung der Regentschaft zu bestreiten. Die schroffsten Widersprüche genieren dabei jene Hetzer und Wühler keineswegs: einmal wird behauptet, der unglückliche König sei gar nicht geisteskrank gewesen und man habe ihn nur mit Unrecht von der Regierung verdrängt, dann wieder werden die Minister angegriffen, weil sie Jahre lang unter einem offenkundig irrsinnigen König die Regierung fortgeführt und Volk und Land betrogen hätten. Vor der Juni-Katastrophe mochte es berechtigt oder doch zu entschuldigen sein, wenn über den Zustand des Königs und die Action des Ministeriums Zweifel bestanden, aber wenn die ultramontane Hetzpresse noch nach der authentischen und umfassenden Klarstellung der Thatsachen das Ministerium und damit auch die Regentschaft verdächtigte, kann wohl von einem objectiven Standpuncte die Berechtigung und Verpflichtung nicht verkannt werden, jener fortgesetzten Verdächtigung mit den Waffen des Gesetzes entgegenzutreten. Erfreulich ist, daß altbayerisch-katholische Geschworene die Rechnung der klerikalen Hetzer zu nichte gemacht und sich den klaren Blick für Wahrheit und Recht bewahrt haben. Auch bei der Reise des Prinzregenten durch die schwäbischen und fränkischen Provinzen hat sich gezeigt, daß die fanatische Agitation des „Münchener Fremdenblattes" wie des „Fränkischen Volksblattes" und ihrer Genossen bei der weit überwiegenden Mehrheit der katholischen Bevölkerung das wachsende Vertrauen zu der neuen Regierung nicht zu hindern vermochte. Nicht allein in dem gut national disciplinirten Augsburg und in dem halb fortschrittlichen, halb socialdemokratischen Nürnberg, sondern auch in dem überwiegend klerikalen Würzburg und in den auf der Reise des Prinzregenten berührten katholischen Gegenden war die Begrüßung des „Reichsverwesers" von Seiten der Bevölkerung augenscheinlich warm und herzlich; und wenn die in den letzten Tagen hier abgehaltene Conferenz der klerikal-patriotischen Abgeordneten für den bevorstehenden Wahlkampf noch keine bessere Losung ausgegeben wußte, als das Festhalten am bisherigen Parteiprogramm, laut welchem das Ministerium Lutz principiell zu bekämpfen war, so dürfte die Partei damit ihre Aussichten auf Erfolg nicht eben verbessert haben. Das loyale Auftreten des Regenten und seine alle gerechtigten Politiker befriedigendes Regierungsprogramm vom 6. Juli kann nicht verfehlen, eine mittlere Richtung unter den katholischen Wählern zu verstärken, die bei den Landtagswahlen ihren Ausdruck finden muß; und so dürfen wir, wenn die Regierung von dem vorgezeichneten Wege nicht abirrt und man liberalerseits seine Pflicht thut, einer Besserung der bisherigen verfahrenen politischen Zustände des Landes mit einiger Beruhigung entgegensehen."

* Zwei in Nancy erscheinende Blätter, der „Courier de Meurthe et Moselle" und „La Dépêche" hatten eine recht perfide Kritik an den Mitgliedern des Metzer Gemeinderaths geübt, welche an der Deputation Theil genommen, die zur Begrüßung des Kaisers nach Straßburg ging. Einer dieser Herren, Stadtrath Frentz, ein Altmetzer, hat den genannten Blättern eine Abfertigung zugehen lassen, die verdient, in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Wie der „Lorrain" berichtet, heißt es nämlich in der betreffenden Entgegnung:

„Man findet an den Kitzen Aftes Bellstämme, welche ihre Besitzer verkaufen, ohne sich darum zu bekümmern, was nachher aus denselben wird; Ihrer Zeitung war es vorbehalten, ihre Spalten Leuten zu öffnen, welche, nachdem sie uns dem Feinde überlassen, um ihr Lösegeld zu bezahlen, frei genug sind, uns, unter dem Schutze der Unmöglichkeit, Beleidigungen ins Gesicht zu schleudern, weil wir uns bestreben, die Lage, in der wir uns befinden, mit möglichst geringen Nachtheilen zu ertragen. — Wenn es so fortgeht, werden uns jene Leute bald ein Verbrechen daraus machen, daß wir Metzer Bürger nicht zu ihnen kommen, um ihnen die Schlüssel der Festungswerke zu bringen, welche das Kaiserreich an Deutschland ausgeliefert hat. — Man beschuldigt meine Collegen im Gemeinderathe, die Herren Neumann, Gilmet und Tillemann, die Niederlage der französischen Partei bei den letzten Wahlen herbeigeführt zu haben. Der wahre Grund war der Ueberdruß der Metzer Bevölkerung an der nihilistischen Politik, welcher sich einige Mitglieder des alten Gemeinderaths befliissen haben. Jene Herren sind der Ansicht, daß man ein Auge opfern muß, um seine Nachbarn um beide Augen zu bringen; allein die Bevölkerung will nicht in solchen Bahnen wandeln..."

Für die Beurtheilung der Stimmung ist diese Kundgebung jedenfalls von Interesse.

* * *

* Kurz vor Beginn der diesjährigen Reserve-Officiers-Prüfungen in Oesterreich hat der gemeinsame Kriegsminister Graf Bylandt angeordnet, nur diejenigen Einjährig-Freiwilligen als befähigt für die Officierscharge anzuerkennen, welche das Deutsche vollkommen beherrschen. Nach einer von einem czechischen Blatte gegebenen Zusammenstellung hat der Erlaß bereits seine Wirkung geäußert, denn der Procentsatz der Czechen, welche die Prüfung bestanden haben, ist ein verschwindend geringer. Die ministerielle Weisung steht in einem bemerkenswerthen Gegensatz zu dem Angriff, den der Justizminister Dr. Prazak jüngst gegen die deutsche Sprache gemacht hat.

* Der bulgarische Nachrichtenquell fließt in den letzten Tagen dünner und spärlicher und man kann den Ausgang des unblutigen Waffenganges zwischen dem General Kaulbars und der bulgarischen Regierung noch immer nicht mit Bestimmtheit voraussagen. An den unrechten Mann war Kaulbars jedenfalls in Rustschuk bei dem Obersten Filow gekommen, Filow war einer der Urheber des Septemberpatriotismus und ein treuer Anhänger des Fürsten. Der russische Consul erklärte ihm, er werde zum General befördert und nach der Ankunft der russischen Besatzungstruppen auch sonst belohnt werden, wenn er die Gefangenen befreie; der Oberst theilte diese Anerbietungen den Truppen mit, welche seiner Weigerung begeistert beistimmten. Minder zuverlässig ist offenbar die Besatzung von Schumla; die drei Hauptleute, welche den bekannten Brief an Stambulow schrieben, brachen zwar auf die Drohung des Kriegsministers, sie würden ins Gefängniß geworfen werden, alsbald zu Kreuze, aber die bulgarische Regierung traut dem Landfrieden doch nicht und läßt die Besatzung scharf überwachen. Die Bevölkerung von Schumla enthält viele mohamedanische Elemente und ist politisch gesinnungslos. Es ist nicht zu bezweifeln, daß General Kaulbars, der eine halbe Million Franken mit sich führen soll, fortfahren wird, auf seiner statistischen Rundreise an allen Thüren anzuklopfen, und es wird sich bald zeigen müssen, ob er in den Falten seiner Toga nicht eine Dynamitpatrone verbirgt. Neben der Sondirung des Heeres handelt es sich für beide Theile offenbar zunächst um die Beeinflussung der Wahlen. Die bulgarische Regierung soll beabsichtigen, ihr Amt in die Hände der großen Nationalversammlung niederzulegen, und möchte natürlich sicher sein, dasselbe wieder zurückzuerhalten. Enthalten sich die Zankonsisten ihrem Plane gemäß der Abstimmung, so kann der Ausfall der Wahlen angesichts der erhöhten Volksstimmung nicht zweifellos sein. Zieht also das Kaulbars'sche Unwetter ohne Donner und Blitz ab, so würde die Regierung zunächst eine glatte Bahn vor sich sehen, aber später würde der landesübliche Parteihader jedenfalls genug Ritzen schaffen, durch welche der russische Einfluß wieder eindringen könnte, zumal da der Gedanke, Bulgarien unter eine europäische Schutzherrschaft zu stellen, keine Aussicht auf Erfolg hat. Es ist wahrscheinlich, daß man in Petersburg mit diesem Trostwort über Bulgarien zur Tagesordnung übergehen wird. Das Auftreten des russischen Generals begegnet inzwischen in der Presse einer sehr herben Kritik. Das radicale bulgarische Blatt „Das unabhängige Bulgarien" nennt Kaulbars einen peripatetischen Lügner und der „Standard" spricht in wildem Grimme von „diesem Erzeugnisse der russischen Barocke, welches zu gleicher Zeit das Amt des Diplomaten annehme und die Manieren des Diplomaten, ja, des Gentleman verleugne".

* Im französischen Marineministerium macht man bedeutende Anstrengungen, um die Flotte auf die Höhe ihrer Aufgabe zu bringen und sie den größten Flotten der Jetztzeit ebenbürtig zu machen. Die Versuche mit den neu erbauten Torpedobooten haben zu einem endgiltigen Ergebniß zwar noch nicht geführt, dies hindert indeß nicht die Anstellung neuer Versuche im Torpedowesen. Das neueste dieser Gattung ist der Torpedo Coudray, welcher alles bisherige weit in den Schatten stellen soll. Nach mehrjährigen Versuchen ist dem Hafen-Capitain Coudray zu Oran die Erfindung einer Torpedogranate gelungen, welche den Whiteheadschen Torpedo übertrifft; der letztere kann nur auf verhältnißmäßig kurze Entfernungen geschleudert werden, während die neue Torpedogranate schon auf weitere Entfernungen gegen das feindliche Schiff abgefeuert werden kann. Die zu den Versuchen verwandten Geschosse hatten ein Kaliber von 65 bis herab zu 27 mm und wurden mit einer mittleren Geschwindigkeit von 150 m in der Secunde abgefeuert. Man stellte fest, daß der Rückprall der ungeladenen Geschosse von der Schiffswand höchstens 20—50 Centimeter betrug, je nach dem Einfallwinkel, und daß in Wirklichkeit die Hälfte der verfeuerten Geschosse das größte Panzerschiff zu Grunde gerichtet haben würde. Nachdem dem Marineministerium die nöthigen Mittel bewilligt worden waren, haben zu Rochefort neue Versuche stattgefunden, bei welchen ein Abprallen der Geschosse nicht mehr vorkam. Die neuen Torpedogranaten waren mit 15 Kilogr. Schießwolle gefüllt, obwohl schon 11 Kilogr. zum Durchschlagen von Panzern hinreichen; man ist in französischen Marinekreisen der Ansicht, daß durch die weitere Vervollkommnung dieser Coudray'schen Torpedogeschosse die Torpedoboote überflüssig oder zum mindesten zu einer untergeordneteren Rolle herabgedrückt werden. Wir sind es gewohnt, daß man in Frankreich jede neue Erfindung einer Kriegsmaschine in ziemlich lauter Weise kundgiebt und daran in jedem einzelnen Falle die denkbar größten Hoffnungen knüpft; sehr oft hat es sich aber dabei gezeigt, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllt haben. Mit diesen Coudray'schen Torpedogranaten wird es wohl auch nicht so gefährlich aussehen.

* Die Unruhen in Vierzon scheinen beigelegt zu sein, da seit zwei Tagen wieder regelmäßig gearbeitet wird. Die französische Regierung hat bei dieser Gelegenheit, wie mit Recht anerkannt wird, von Anfang an die ihr gebührende richtige Stellung eingenommen: sie ließ den Arbeitern volle Freiheit, die Arbeit einzustellen, sie schützte aber auch diejenigen Arbeiter, welche fortarbeiten oder wieder eintreten wollten, in ihrer vollkommenen Freiheit gegen die Drohungen der andersdenkenden Arbeiter und gegen die Versuche der Parteiführer, sie an der Arbeit zu verhindern. Arbeiter und Arbeitgeber zu schützen ist, wie die „République" ausführt, die einzig correcte Haltung der Regierung, der Rest ist Sache der streitenden Mächte. Der eine oder der andere Theil wird zum Nachgeben genöthigt oder beide Theile trennen sich. „Soleil" fordert die Regierung auf, nun auch streng durchzugreifen in Sachen der Verhaftete; wollte man sie durchschlüpfen lassen, so wäre dies ein Verstoß gegen die Arbeiter wie gegen die Behörden, die das Gesetz handhaben. Der Minister Sarrien hat durch diese strammen Haltungsbefehle in der öffentlichen Meinung sehr gewonnen; er hatte dem Präfect befohlen, genügende Truppen zur Hand zu nehmen, mild, aber fest durchzugreifen und die Arbeiter davon zu überzeugen, daß die Regierung sich nicht in ihre Lohnstreitigkeiten einmische, ihnen volle Freiheit lasse, jedoch unter der Bedingung, daß weder Hand noch Fuß gerührt werde, sie in dieser Freiheit durch Störung der öffentlichen Ruhe zu hindern. In Decazeville, wo die Regierung Partei nahm, ohne damit etwas ausrichten zu können, hat man also doch etwas gelernt; das ist erfreulich. — Dreihundertfünfzig rückfällige Sträflinge sind aus den verschiedenen Gefängnissen Frankreichs nach dem Depot in Saint-Martin de Ré befördert worden und sollen dort am 31. d. M. nach Neu-Caledonien eingeschifft werden. Bei dieser Gelegenheit sollen auch etwa zwanzig junge Weiber, die in den Central-Gefängnissen eingesperrt sind und sich diese Gnade erbeten haben, nach Neu-Caledonien befördert werden.

* Die irische Frage, welche Mr. Gladstone bekanntlich mittelst weitestgehender Zugeständnisse an das Homerule-Programm zu lösen unternahm, ist von dem jetzigen Cabinet dem allgemeinen britischen Reichsgedanken nachgestellt worden und soll ihre Lösung nur nach Maßgabe im Rahmen dieses letzteren finden. Da den Grundsätzen der Torypolitik ein Capitulieren vor erklärten Reichsfeinden widerstreitet, so mußte gleich im Vorhinein Bedacht darauf genommen werden, sich bei den Mondscheinrittern und ähnlichen irischen Geheimbündlern in gehörigen Respect zu setzen, eine Aufgabe, mit welcher der als schneidige Soldat bewährte General Sir Redvers Buller betraut wurde. Inwiefern die Bemühungen dieses Mannes schon jetzt von Erfolgen begleitet sind, läßt sich nicht ganz leicht beurtheilen; doch darf man aus den noch immer vorkommenden vereinzelten Unthaten der Mondscheinler nicht ohne Weiteres folgern, daß die straffere Anziehung des Zügels durch General Buller ihre Wirkung überhaupt verfehlt habe. Im Gegentheil fehlt es nicht an Merkmalen, daß, wenn den loyalen und friedliebenden Bevölkerungselementen in Irland seitens der Regierung Schutz und Rückhalt in dem erforderlichen Umfange zu Theil wird, es mit der Parnell'schen Herrlichkeit bald rückwärts gehen dürfte. Denn der gegenwärtige, unerquickliche Zustand schreibt sich zum großen Theil mit davon her, daß die liberale Regierung dem Volke das Schauspiel ihrer völligen Unfähigkeit zur Durchführung einer festen und kraftvollen irischen Action darbot. In den Kreisen der conservativen Politiker schmeichelt man sich nun, daß im Verfolg des strammen Regimes, welches mit General Buller seinen Einzug in Irland gehalten, die irischen Pächter und Bauern allmälig den verhetzenden Einflüssen der Homerule-Propaganda entzogen und zu unitarischen Grundsätzen bekehrt werden dürften. Aber auch in liberalen Kreisen wendet sich die öffentliche Meinung mehr und mehr von dem unfruchtbaren und haltlosen Doctrinarismus Gladstone's ab und verlangt Thaten anstatt Worte. Deshalb verfolgt man auch dort den Fortgang der Thätigkeit General Buller's mit gespannter und sympathischer Aufmerksamkeit. Die strengsten Maßregeln, welche er zu ergreifen für gut befinden sollte, können von vornherein der Billigung in den Kreisen der übergroßen Mehrheit des englischen Volkes sicher sein. Denn je unbehaglicher letzteres sich im Hinblick auf die allgemeine Lage fühlt, desto dringlicher wird sein Streben nach innerer Consolidirung des Reiches.

* Zur Charakteristik des brasilianischen Militairwesens lieferte im brasilianischen Senat Visconde de Pelotas die folgende Statistik. Es wurden bestraft: wegen Insubordination 321 Soldaten, wegen Mord 12, wegen Verwundung oder körperlicher Verletzung 118, wegen Desertion 298, wegen Verleumdung und Beleidigung von Vorgesetzten 33, wegen Verlusts oder Verspielens der Uniform 76, wegen Ersteigung von Mauern (escalar muros) 32, wegen Schlafens oder Betrunkenseins beim Wachestehen 134, wegen anderer Verbrechen (crimes) 5904. Mit Entlassung wurden 951 bestraft, 25 wurden den Civilgerichten überliefert, 201 vor das Kriegsgericht gestellt, 27 wurden zum Tode verurtheilt und 164 zu anderen entehrenden Strafen. — Das ist, schreibt die „Rio-Post", natürlich die Statistik eines Jahres, und es ist beinahe jeder zweite Mann im Heere wegen Vergehungen bestraft worden, auf welche in europäischen Ländern zum Theil die Strafe des standrechtlichen Erschossenwerdens gesetzt ist. Wenn in Europa, wo die Heere sich aus den besten Bürgerelementen der Länder zusammensetzen, eine solche Strafe für nothwendig zur Aufrechterhaltung der Disciplin erachtet wird, um wie viel mehr sollte dies hier zu Lande der Fall sein, wo man mit Vorliebe capoeiras, Bummler und Landstreicher, in die Soldatenjacke steckt. Man zeige denselben nur einigen Ernst und erschieße nach kriegsgerichtlichem Urtheil

SLUB
Wir führen Wissen.